

Siebert, Horst

Book Part — Digitized Version

Die neue wirtschaftliche Landschaft in Europa

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1993) : Die neue wirtschaftliche Landschaft in Europa, In: Bankpraxis '92, Bundesverband der Deutschen Volksbanken, Bonn, pp. 43-46

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1919>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Horst Siebert

Die neue wirtschaftliche Landschaft in Europa

(Mai 1992)

In Westeuropa, Anfang der 80er Jahre von der Eurosklerose gekennzeichnet, brachte 1985 die Delors-Initiative zur Vollendung des Binnenmarktes eine neue Perspektive. Die Anwendung des Ursprungsland-Prinzips und der damit eingeleitete Wettbewerb der nationalen institutionellen Regelungen haben zu verstärkter Investitionstätigkeit und neuer Dynamik geführt.

Die Verschärfung des Wettbewerbs im Innern ruft jedoch zwangsläufig Gegenkräfte auf den Plan, für die sich der Wettbewerb negativ auswirkt. Dies gilt insbesondere für den Wettbewerb von außen. Die Peripherie Westeuropas — Portugal, Griechenland, Irland — steht im Wettbewerb mit den Entwicklungs- und Schwellenländern, und in einer Reihe von Wirtschaftszweigen des europäischen Kerns wandern die Standortvorteile in die Schwellenländer ab; bedeutende Wirtschaftszweige wie die Automobilindustrie und ihre Zulieferer gelangen unter starken Druck aus Japan und Korea. Der Agrarbereich wurde bisher bereits vor dem internationalen Wettbewerb geschützt.

EG als Kompromißgemeinschaft?

Damit stellt sich die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft in Zukunft Kraft genug hat, nach außen offen zu bleiben. Oder wird die Europäische Gemeinschaft eine Kompromißgemeinschaft, die auf nationale Schwächen Rücksicht nehmen und nach außen den kleinsten gemeinsamen Nenner bei der Öffnung der Märkte suchen muß? Das Automobilabkommen mit Japan, die Industriepolitik, die Agrarpolitik, die einen Abschluß der GATT-Verhandlungen zu vereiteln droht, und eine neue Fassung des Artikels 115 sind Tendenzen, die nicht dafür sprechen, daß Europa sich einem intensiveren Wettbewerb stellt.

Ob es Westeuropa gelingt, Vorteile aus der monetären Einigung zu ziehen, muß derzeit offen bleiben. Grundsätzlich ist eine einheitliche Währung nicht erforderlich, um die Wohlstandsmehrung aus dem größeren Binnenmarkt, aus dem intensiveren Güteraustausch und aus dem stärkeren Kapitalverkehr zu ziehen.

Ob die beabsichtigte einheitliche Währung auch stabil ist — dafür steht der Lackmuestest noch aus. Die nationalen Präferenzen in bezug auf die Inflationsrate sind in Westeuropa unterschiedlich; es ist heute nicht abzusehen, ob die in Maastricht anvisierte institutionelle Regelung für das Geldwesen in Westeuropa diese unterschiedlichen nationalen Präferenzen einbinden kann. Die noch ausstehende Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken in den meisten Ländern, die möglicherweise

großzügige politische Interpretation der Konvergenzkriterien, der unvollkommene Sanktionsmechanismus bei zu hohen Budgetdefiziten, die Durchsetzungskraft einer unteilbar wirkenden Geldpolitik bei nicht vollendeter politischer Union und die Regeln für die Europäische Zentralbank als „lender of last resort“ bei einer Finanzkrise sind offene Punkte.

Wechselkursänderungen entfallen als Puffer gegen regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen. Wenn das Wohlfahrtsgefälle innerhalb der Gemeinschaft nicht zu Wanderungsbewegungen von Menschen führen soll, werden Transfers erforderlich. Diese Transfers werden um so größer, je weniger differenziert die Preise für immobile Produktionsfaktoren — insbesondere für Arbeit — sind.

Zieht man ein Zwischenfazit, so erwachsen aus der Vollendung des Binnenmarktes Chancen für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik Westeuropas, aber diese positiven Aspekte werden zu-nichte gemacht, wenn der Wettbewerb im Innern und nach außen eingeschränkt wird.

Immense Investitions- und Innovationschance

Obwohl beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft Engpässe im Bereich der Definition von Eigentumsrechten, der Infrastruktur und der Bereitstellung von Gewerbeflächen die Entwicklung kurzfristig hemmen können, wird die wirtschaftliche Wiedervereinigung

Deutschlands mittelfristig gelingen. Diese günstige Prognose beruht auf drei Grundfaktoren:

- dem Aufbau eines neuen Kapitalstocks,
- den Vorteilen aus der Integration in die nationale und internationale Arbeitsteilung sowie
- den Leistungsanreizen der neuen Wirtschaftsordnung.

Allerdings gibt es auch Risiken. Die kräftigen Lohnsteigerungen in den neuen Bundesländern erschweren sowohl die Umstrukturierung der alten als auch die Gründung neuer Unternehmen. Die politische Forderung nach einer Strukturpolitik ist sicherlich die größte Falle für die deutsche Wirtschaftspolitik. Sie würde einer Modernisierung in den neuen Bundesländern im Wege stehen und die ohnedies beachtlichen fiskalpolitischen Risiken weiter erhöhen. Die Budgetsituation muß jetzt konsolidiert werden, wenn man vermeiden will, daß durch Steuererhöhungen oder höhere Zinsen die Wachstumskräfte, von denen die Finanzierbarkeit der deutschen Vereinigung abhängt, erheblich beeinträchtigt werden.

Trotz dieser Risiken bieten die neuen Bundesländer eine immense Investitions- und Innovationschance. Wenn der Kapitalstock in Ostdeutschland von Grund auf erneuert wird, kann das Produktivitätsniveau sogar über das westdeutsche steigen.

Osteuropa braucht Kapital

Die osteuropäischen Länder haben wesentlich ungünstigere Voraussetzungen als die neuen Bundesländer. Sie starten zum Teil mit einer hohen Auslandsverschuldung, müssen eigene marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen entwickeln, und sie müssen ihre Währungen stabilisieren. Dabei können sie nicht auf einen ähnlichen Kapitaltransfer wie die neuen Bundesländer zurückgreifen. Ähnlich wie in Ostdeutschland steht die Entmonopolisierung und Privatisierung der Staatsbetriebe und die Gründung neuer Unternehmen an.

Die Zukunft Europas wird vom Erfolg der Reformen in seinem östlichen Teil abhängen. Dabei nehmen die Schwierigkeiten zu, je weiter man nach Osten schaut. Notwendige Bedingungen für den Erfolg sind unter anderem die

- Stimulierung der privaten Produktions- und Investitionstätigkeit,
- schnelle Privatisierung,
- erfolgreiche Stabilisierung,
- Glaubwürdigkeit der Reformen insgesamt,
- Unterstützung der Bevölkerung für den Reformprozeß,
- Überwindung politischer Instabilität.

Wenn die Reformen gelingen, wird Osteuropa mit 400 Millionen Menschen in der Zukunft ein interessanter Markt, aber auch ein neuer Anbieter sein. Aufgrund der Ausstattungsbedingungen ist damit zu rechnen, daß die GUS rohstoffintensive und landwirtschaftliche

Produkte exportiert, während Mitteleuropa auch bei mobilen Schumpeter-Gütern komparative Vorteile haben wird. Für Westeuropa werden zusätzliche Rohstoffimporte willkommen sein. Das erhöhte Angebot landwirtschaftlicher, arbeits- und humankapitalintensiver Güter wird westeuropäische Produzenten dagegen vor Anpassungsprobleme stellen.

Die Exporte Osteuropas können sich nur zügig entwickeln, wenn Kapital in diese Region strömt. Dies hängt vor allem von der Glaubwürdigkeit der Reformen ab. Die osteuropäischen Länder stehen in den 90er Jahren mit Lateinamerika und Südostasien als Investitionsstandort in einem Schönheitswettbewerb. Der Erfolg in diesem Wettbewerb wird davon bestimmt, wie attraktiv die institutionellen Bedingungen und die Bereitstellung öffentlicher Güter gestaltet werden.

Neben den Güterbewegungen und dem Kapitaltransfer ist die Wanderung der Menschen der dritte Wirkungskanal, durch den sich die Transformation der Zentralplanwirtschaften auf Westeuropa auswirken kann. Die immensen Einkommensunterschiede sind ein Anreiz zur Wanderung. So beträgt das Verhältnis des Einkommens pro Kopf von Polen zu Westdeutschland 1 : 10. Der europäische Kontinent wird von einer Wohlstandsgrenze durchzogen, die entlang der Oder und entlang der Donau verläuft.

Vieles spricht dafür, Einkommensunterschiede nicht dadurch auszugleichen, daß Arbeit wandert, und den Lohn in Osteuropa nicht dadurch zu steigern, daß das Arbeitsangebot dort infolge

Abwanderung geringer wird. Der bessere Weg ist, wenn Kapital nach Osteuropa fließt, damit auf diese Weise die Arbeit produktiver wird und deshalb die Löhne zunehmen. Also nicht: „people to the jobs“, sondern „jobs to the people“. Wenn Kapital wandert, können die Menschen bleiben.

Westeuropa darf sich nicht abschotten

Ein mögliches Szenario des Europäischen Wirtschaftsraumes für das Ende dieses Jahrzehnts ist ein System von Ringen, in deren Zentrum eine um die heutigen EFTA-Staaten erweiterte EG steht. Osteuropa könnte durch mehr oder minder weitgehende Freihandelsabkommen eingebunden sein. Voraussetzung für diese Entwicklung ist, daß die jetzigen EG-Mitglieder die Vertiefung durch die politische Union und die

Erweiterung durch die Integration Osteuropas nicht als Gegensatz, sondern als historische Chance begreifen.

Die hier betonten langfristigen positiven Angebotseffekte aus der Liberalisierung in Osteuropa würden allerdings zu nichte gemacht, wenn Westeuropa sich nach außen abschottet und sich in die Sackgasse von Industriepolitiken begibt.

Der Europäische Wirtschaftsraum muß nicht nur innen durch einen Standortwettbewerb und einen Wettbewerb der Institutionen offen sein, er muß auch nach außen offen sein. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn sich Westeuropa — nachdem die osteuropäischen Länder aus bitterer fünfzig- oder achtzigjähriger Erfahrung gerade die Vorteile der Marktwirtschaft, des offenen Marktes und des Wettbewerbs entdeckt haben — in dieser Situation wirtschaftlich nach außen abschotten und damit die Chancen zur Wohlstandsmehrung langfristig zuschütten würde.